

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 10/2022/AN

Antragsteller: SPD
Antragsdatum: 21.12.2021

Federführung:
Dezernat III, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

Parkraumbewirtschaftung in Heidelberg

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 14. November 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	10.02.2022	Ö		
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	19.10.2022	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	26.10.2022	Ö		
Gemeinderat	10.11.2022	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates nach § 37a Gemeindeordnung vom 10.02.2022

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 19.10.2022

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.10.2022

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2022

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0010/2022/AN

Briefkopf des Antragstellers:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Mathias Michalski, stellv. Vorsitzender
Sören Michelsburg, stellv. Vorsitzender
Karl Emer
Johannah Illgner
Dr. Monika Meißner
Adrian Rehberger

Marktplatz 10
69117 Heidelberg

06221/5847150
06221/584647150

geschaeftsstelle@spd-
fraktion.heidelberg.de

www.spd-fraktion-heidelberg.de

20.12.2021

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Parkraumbewirtschaftung in Heidelberg

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- Ein gesamtstädtisches Konzept für die Parkraumbewirtschaftung in Heidelberg vorzulegen, welches dann als Arbeitsgrundlage für die interfraktionelle Arbeitsgruppe und die anschließende Diskussion in den Gremien dient.

Die Verwaltung wird gebeten, die Parkraumbewirtschaftung um die folgenden Prämissen zu ergänzen und hierzu Vorschläge für eine mögliche Umsetzung vorzulegen

- Bewohnendenparkausweise werden nur noch an Haushalte ausgegeben, die keinen Stellplatz/Garagenplatz vorweisen können. Stellplätze / Garagen, die anderweitig genutzt werden, müssen abgelöst werden.

- Die Anzahl der auszugebenden Parkberechtigungen wird bis 2025 auf die reale Anzahl der existierenden legalen Parkplätze reduziert.
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf alle Stadtteile
- Gästeparkausweise werden nicht mehr kostenlos ausgegeben
- In Parkraumbewirtschaftungszonen wird nicht mehr kostenlos geparkt werden dürfen
- Durch Umgestaltung des Straßenquerschnitts können durch Quer- statt Längsparkplätze neue Parkplätze geschaffen werden

Die Verwaltung wird verpflichtet,

- das Gehwegparken auf Gehwegen mit einer Restbreite von weniger als 1,50 Meter bis spätestens 2024 im gesamten Stadtgebiet zu unterbinden.

Begründung:

Die SPD-Fraktion lehnt eine Erhöhung der Gebühren für Bewohnendenparkausweise ohne soziale Staffelung ab. Allerdings ist es auch wichtig, die Parkflächen im Stadtgebiet zu reduzieren, damit schwächere Verkehrsteilnehmende wie zu Fuß Gehende, Rollstuhlfahrende oder auch Personen mit Kinderwägen ungehindert am Verkehr in Heidelberg teilnehmen können. Daher fordern wir, dass das Gehwegparkverbot des Landes Baden-Württemberg konsequent geahndet wird.

Eine wirksame Reduktion der Parkflächen kann vor allem dadurch erreicht werden, wenn nur noch Anwohnende ohne nachgewiesenen Stell- und Garagenplatz einen Bewohnendenparkausweis erhalten – so sollen Anwohnende mit eigenem Stellplatz oder Garage dazu bewegt werden, diese auch zu benutzen. Um den Parkdruck in Bewohnendenparkzonen zu reduzieren, dürfen aus unserer Sicht nur so viele Parkausweise vergeben werden, wie auch legale Parkplätze vorhanden sind.

Die Bewohnendenparkgebühren werden bisher nur in sechs Stadtteilen Heidelbergs erhoben – langfristig fordern daher eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf alle Stadtteile.

g e z e i c h n e t S P D - F r a k t i o n